

Kurzbericht

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(61. - öffentliche - Sitzung am 3. Februar 2021)

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss bat die Landesregierung um mündliche Unterrichtungen zu folgenden Themen:

Positionierung der Landesregierung zum geplanten Insektenschutzgesetz der Bundesregierung,

"Kompromiss mit den Landwirten, die sich an der Mahnwache beteiligten", wie er in einer Presseinformation vom 02. Februar 2021 angekündigt worden ist,

Nutztierhaltungsstrategie.

Als Termin für die Unterrichtungen nahm er seine Sitzung am 24. Februar in Aussicht.

Beratungsthemen:

1. a) **Lange Tiertransporte verbieten - Sofortigen Transport-Stopp durchsetzen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3566](#)
- b) **Verbot von Lebendtiertransporten in Drittländer**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3265](#)
- c) **Tiere schützen - Tiertransporte vermeiden**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7551](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der [Drs. 18/3566](#) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Ferner empfahl er dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der AfD in der [Drs. 18/3265](#) für erledigt zu erklären.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Des Weiteren empfahl er dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der [Drs. 18/7551](#) unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

2. **Corona-Schutz auch in Schlachthöfen sicherstellen - Arbeiterinnen und Arbeiter schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7824](#)

dazu: Eingabe 02163/07/18

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Ferner empfahl er dem Plenum des Landtages, die in die Beratung einbezogene Eingabe für erledigt zu erklären, da durch die Vorlage des Leitfadens „Maßnahmen zum Schutz vor Infektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 in Betrieben der Fleischwirtschaft“ der Eingabe für Betriebe in Niedersachsen insoweit entsprochen worden sei.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

3. **Vogeljagd im Nationalpark Wattenmeer stoppen - Landwirtinnen und Landwirte bei Gänseschäden besser entschädigen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1530](#)

dazu: a) Eingabe 00570/07/18

b) Eingabe 02117/07/18

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

Zu den beiden in die Beratung einbezogenen Eingaben bat er die Landesregierung um Stellungnahmen. Er empfahl dem Plenum des Landtages einstimmig, die Petenten auf dieser Basis über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

4. **Regionale Fleischvermarktung und stressfreie Schlachtung stärken - dezentrale und mobile Schlachtung ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8332](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die Beratung des Antrages mit der Beratung des Antrages der Fraktion der FDP in der [Drs. 18/2786](#) zusammenzufassen.

Außerdem beschloss er, zu den beiden Anträgen eine Anhörung durchzuführen. Als Termin hierfür nahm er seine Sitzung am 14. April in Aussicht.

Er kam überein, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende und von den Fraktionen der Grünen und der FDP jeweils eine Anzuhörende/ein Anzuhörender benannt werden.

Er bat darum, der Landtagsverwaltung kurzfristig den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

5. **Höfesterben stoppen. Schärfere Auflagen und Niedrigpreise gefährden Existenzen.**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8336](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Als Termin hierfür nahm er seine Sitzung am 10. März in Aussicht. Ferner bat er die Landesregierung zur Vorbereitung auf die Anhörung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Antrag.

6. **Antibiotika-Kontrollen: LAVES stärken statt bewährtes Kontroll-System zerschlagen - keine Herabstufung der Zuständigkeit vom Land auf die Kommunen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8341](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag. Als Termin hierfür nahm er den 24. Februar in Aussicht.